

## **V-1 Ja zu Demokratie - Nein zur AfD!**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 22.02.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Demokratie und offene Gesellschaft

### **Antragstext**

1 Was viele schon lange wussten, was viele schon lange erlebt haben, wurde mit der  
2 Correctiv Recherche zu einem Geheimtreffen von AfD-Funktionär\*innen und andern  
3 Rechtsextremen schwarz auf weiß bestätigt: die AfD steht für ein Deutschland, in  
4 dem Menschen in Kategorien eingeteilt werden, in dem die Menschenrechte nicht  
5 mehr universell gelten sollen, sondern in dem man sie sich verdienen muss.  
6 Menschen, die nicht ins Weltbild der AfD passen, sollen deportiert werden.

7 Bündnis 90/Die Grünen Berlin sagt ganz klar Nein zu diesen Gewaltphantasien. Wir  
8 stehen und arbeiten für ein Berlin und für ein Deutschland, in dem kein Mensch  
9 aufgrund seiner (zugeschriebenen) Herkunft, seiner sexuellen Orientierung, einer  
10 Behinderung oder der politischen Überzeugung Angst haben muss. Berlin lebt von  
11 der Vielfalt der Menschen, die dieses Land und diese Stadt gestalten. Wir werden  
12 deshalb alles in unserer Macht stehende tun, um die Menschen in unserer Stadt zu  
13 schützen und die Extremist\*innen von AfD, Identitärer Bewegung und Co in ihre  
14 Schranken zu weisen.

15 Rechtsextremes Gedankengut lässt sich jedoch nicht per Knopfdruck verbieten.  
16 Demokratiebildung in der Schule, aber auch weit darüber hinaus, muss endlich  
17 auch in unserer Stadt eine größere Priorität eingeräumt bekommen. Das erwarten  
18 wir sowohl vom Regierenden Bürgermeister als auch vom gesamten Senat.  
19 Gleichzeitig muss konsequent gegen Fake News sowie gegen Hass und Hetze on- und  
20 offline vorgegangen werden. Und wer rechtsextremes Gedankengut vertritt, gehört  
21 nicht in den Staatsdienst des Landes Berlin - auch hier erwarten wir, dass der  
22 Senat und die Verwaltung alle ihnen zu Verfügung stehenden Mittel nutzen.

23 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es unsere Aufgabe ist, unsere Demokratie mit  
24 allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Die Verfasser\*innen des  
25 Grundgesetzes haben die Möglichkeit eines Parteiverbots nicht ohne Grund in  
26 unsere Verfassung geschrieben - die Erfahrungen der Weimarer Republik waren  
27 ihnen noch zu präsent. Wir sind verpflichtet, dafür zu kämpfen, dass sich diese  
28 Geschichte nicht wiederholt. Ein Parteiverbotsverfahren mag Zeit in Anspruch  
29 nehmen und nicht allein das bestehende Problem, das Deutschland mit

30 Rechtsextremismus hat, lösen können. Es ist aber ein weiterer wichtiger Baustein  
31 zum Schutz der in unserer Stadt lebenden Menschen, zum Schutz unserer aller  
32 Freiheit. Der Landesausschuss von Bündnis 90/Die Grünen Berlin spricht sich  
33 deshalb dafür aus, ein AfD-Verbot zu prüfen.